



Neue Beratungsmodelle für mehr Tierschutz

Neue Beratungsmodelle für mehr Tierschutz
Weiteres Projekt der "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" umgesetzt
Mit dem Start eines weiteren Projektes zur Verbesserung der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere setzt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Umsetzung der Initiative "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" fort.
"Um die Tierhaltung zu verbessern, unterstützen wir Berater dabei, neue Tierschutzmaßnahmen in die Breite der landwirtschaftlichen Betriebe zu tragen", sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Ziel ist es, zukunftsweisende Haltungsformen und Verfahren mit herausragender Bedeutung für den Tierschutz in der Praxis zu etablieren. Für Modell- und Demonstrationsvorhaben zur Verbesserung des Tierschutzes in der Tierhaltung stellt das Bundeslandwirtschaftsministerium bis zum Jahr 2016 insgesamt 21 Millionen Euro zur Verfügung, fünf Millionen davon noch in diesem Jahr.
Die "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" ist aus einem breiten gesellschaftlichen Dialog über Landwirtschaft hervorgegangen, den das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vergangenes Jahr angestoßen hat. Sie beschreibt die künftigen Herausforderungen, aber auch die Zielkonflikte der nationalen und internationalen Land- und Ernährungswirtschaft und zeigt Lösungen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik auf. Die Ergebnisse des Dialogs unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen - Verbraucher, Landwirte, Wirtschaftsverbände, Umweltschützer, Tierschützer und Kirchenvertreter - wurden in fünf Handlungsfeldern zusammengefasst.
Hintergrundinformation
Als ersten Schritt zur Verbesserung der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere im Rahmen der geplanten Modell- und Demonstrationsvorhaben soll der Transfer neuer Erkenntnisse aus Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in die landwirtschaftliche Praxis gefördert werden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt mit modellhafter Beratung Maßnahmen zum Tierschutz, die über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen. Für die Umsetzung dieser Beratung werden Fachberater mit weitreichenden Kontakten zur landwirtschaftlichen Praxis gesucht, die eine betriebsindividuelle Beratung übernehmen und dabei neue Beratungsmethoden anwenden oder neue Leitfäden und Managementempfehlungen erstellen. Für die Evaluation des Beratungserfolges ist eine wissenschaftliche Begleitforschung vorgesehen.
Mit der Umsetzung der Förderrichtlinie wurde die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) beauftragt. Die Beratungsrichtlinie mit Details zum Projekt und zur Bewerbung ist online abrufbar unter www.ble.de/Beratungsrichtlinie_MuD_Tierschutz.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://www.bml.de)
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://www.bml.de)
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundesortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.